Eckhardt Treichel

Adel und Bürokratie im Herzogtum Nassau 1806–1866

Aus der erstaunlichen Beharrungskraft des Adels¹ in der modernen Gesellschaft sind über elitengeschichtliche Einsichten hinaus weitreichende Schlußfolgerungen für den Gang der deutschen Geschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert gezogen worden. Erinnert sei hier nur an die These vom deutschen Sonderweg, wonach die Modernisierung Deutschlands nach dem Vorbild der westlichen Demokratien wesentlich durch die erfolgreiche Selbstbehauptung des alten, feudalen, grundbesitzenden Adels mitblockiert worden sei².

Zu den Schlüsselbereichen, in denen sich der Adel besonders gut behauptet habe, wird neben dem Hof und Militär gemeinhin auch die Zivilverwaltung gezählt. In seiner vor wenigen Jahren erschienenen ‚Deutschen Gesellschaftsgeschichte‘ hat Hans-Ulrich Wehler beispielsweise das Herrschaftssystem des Vormärz als ein „monarchisch-adlig-bürokratisches Kondominat“ bezeichnet und die These aufgestellt, daß es nach einer relativ kurzfristigen Dominanz der Bürokratie in der Reformzeit zu Beginn

¹ Zur neueren Adelsforschung vgl. allgemein *Helmuth Feigl/Willibald Rosner* (Hrsg.), *Adel im Wandel* (Wien 1991); *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Europäischer Adel 1750–1950* (Göttingen 1990); *Elisabeth Fehrenbach*, *Der Adel in Frankreich und Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution*, in: *Helmut Berding/Etienne François/Hans-Peter Ullmann* (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution* (Frankfurt am Main 1989) 177–215; *Armgarð von Reden-Dohna/Ralph Melville* (Hrsg.) *Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860* (Stuttgart 1988); *Heinz Reif*, *Der Adel in der modernen Sozialgeschichte*, in: *Wolfgang Schieder/Volker Sellin* (Hrsg.), *Sozialgeschichte in Deutschland*, Bd. 4 (Göttingen 1987) 34–60; *Karl-Georg Faber*, *Mitteuropäischer Adel im Wandel der Neuzeit*, in: GG 7 (1981) 276–296; außerdem die wegweisenden Fallstudien von *Heinz Reif*, *Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite* (Göttingen 1979) und *Heinz Gollwitzer*, *Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918* (Göttingen 1964) sowie *Gregory W. Pedlow*, *The Survival of the Hessian Nobility, 1770–1870* (Princeton 1988) und *Robert M. Berdahl*, *The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770–1848* (Princeton 1988).

² Zum Beharrungsvermögen der preußischen Junker vgl. vor allem *Hans Rosenberg*, *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815* (Cambridge, Mass. 1958); *ders.*, *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse*, in: *ders.*, *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* (Göttingen 1978) 83–101. Zum Stand der sich daran entzündenden Kontroverse vgl. *Hanna Schissler*, *Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Deutschland*, in: *Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Preußen im Rückblick* (Göttingen 1981) 89–122 und resümierend *Francis L. Carsten*, *Geschichte der preußischen Junker* (Frankfurt am Main 1987).

des 19. Jahrhunderts infolge einer Erneuerung der Allianz von Monarchie und Aristokratie seit Anfang der 1820er Jahre zu einer Gewichtsverlagerung zugunsten des Adels gekommen sei³. Wehler und Karl-Georg Faber⁴ führen für diesen Aufschwung adeliger Machteliten während Restauration und Vormärz vor allem drei Punkte an: Erstens habe der Adel in erheblichem Maße richterliche und exekutive Befugnisse bewahren können, die über die bloße Grund- oder Gutsherrschaft hinausgegangen seien. Zumal die Standesherren hätten de facto eine Art von Unterlandesherrschaft behauptet. Zweitens habe der Adel seinen ohnehin hohen Anteil an Führungspositionen in Regierung und Verwaltung mittels gezielter Verdrängung von Bürgerlichen sogar noch steigern können. Sowohl infolge dieser stärkeren Durchsetzung mit Adeligen als auch durch eine bewußte Privilegierung der höheren Beamtenschaft sei es, drittens, zu einer Aristokratisierung der bürgerlichen Beamten gekommen. Aufgrund dieses Strukturwandels habe die Bürokratie schließlich ihre Rolle als Vorreiter liberaler Gesellschaftsreformen eingebüßt.

Dieses vor allem an Preußen und Bayern gewonnene Bild ist in vieler Hinsicht korrekturbedürftig. Zum einen, weil es der Unterschiedlichkeit der Strukturen und Entwicklungen in Mitteleuropa nicht gerecht wird; zum anderen, weil es auf einer gewissen Enge der Perspektiven und geringen Tiefenschärfe bisheriger Analysen beruht; und nicht zuletzt, weil implizit eine Homogenität von Adelsinteressen unterstellt wird, die die Pluralität der Lebensweisen und Interessenlagen der verschiedenen Adelsgruppen übersieht.

Dies zu demonstrieren, ist das Herzogtum Nassau insofern besonders geeignet, als dieser Kleinstaat am Mittelrhein einerseits zur Gruppe der hochbürokratisierten deutschen Verfassungsstaaten zählt, mithin im Bereich von Verwaltung und Beamtentum einen Entwicklungsstand erreichte, der demjenigen in den süddeutschen Mittelstaaten vergleichbar ist⁵, andererseits aber eine sowohl von Preußen als auch von Bayern abweichende Adelsstruktur und Adelspolitik aufweist, die ihm eine paradigmatische Bedeutung für das Thema ‚Adel und Bürokratie‘ verleihen.

Der Nassauer Raum zählte am Ende des 18. Jahrhunderts nämlich zu den eher adelsarmen Landschaften in Deutschland. In den altnassauischen Territorien (Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg, Nassau-Oranien) gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt keinen altlandsässigen Adel mehr, so daß die einheimische Beamtenschaft stark bürgerlich geprägt war und die wenigen in Nassau bediensteten Adeligen zur Gruppe des auswärtigen Dienstadels gehörten, der zumeist nur vorübergehend in nassauischen Diensten blieb und im allgemeinen keine engeren Bindungen an das Land und die Dynastie entwickelte⁶.

³ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2 (München 1987) 298 f. u. 301 f.

⁴ Karl-Georg Faber, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Restauration und Vormärz. Von 1815–1851* (Wiesbaden 1979) 34 f.

⁵ Vgl. Eckhardt Treichel, *Der Primat der Bürokratie. Bürokratischer Staat und bürokratische Elite im Herzogtum Nassau 1806–1866* (Stuttgart 1991).

⁶ Vgl. Christian Spielmann, *Geschichte von Nassau (Land und Haus) von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*, Bd. 2 (Montabaur 1926) 217 f.; Hellmuth Gensicke, *Der Adel im Mittelrheingebiet*, in: Hellmuth Rössler (Hrsg.), *Deutscher Adel 1430–1555* (Darmstadt 1965) 127–152 und zur Ge-

Die Situation änderte sich erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die von Napoleon betriebene Flurbereinigung der deutschen Landkarte brachte den walramischen Linien des Hauses Nassau nicht nur erhebliche Gebietsgewinne, sondern führte auch zur Vereinigung ihrer Besitzungen zu einem gemeinsamen Staat, womit das in den Rang eines Herzogtums erhobene neue Staatswesen neben anderen Problemen auch mit einem Adelsproblem konfrontiert wurde. Im Zuge der Säkularisation waren nämlich zunächst Gebiete angefallen, in denen Teile vor allem des kurtrierischen und kurmainzischen katholischen Stiftsadels begütert waren. Diesen zumeist der Reichsritterschaft entstammenden Familien war über die Reichskirche der Aufstieg in die Führungsschicht des Alten Reiches gelungen. Mit dem Untergang der geistlichen Staaten verlor diese Adelsgruppe außer ihrem bisherigen Wirkungskreis und Lebensmittelpunkt auch einen wesentlichen Teil ihrer materiellen Existenz in Form von Präbenden, Hof- und Beamtenstellen⁷. Von daher stellte sich die Frage einer Umorientierung hin auf den nassauischen Staat.

Während der Anfall des katholischen Stiftsadels dem neuen Gemeinwesen zwar ein nicht unbeträchtliches Adelsreservoir bescherte, im übrigen aber keine gravierenden Auswirkungen auf die Herrschaftsordnung und Sozialverfassung hatte, gelangte mit den im Jahre 1806 mediatisierten Fürsten, Grafen und Reichsrittern⁸ eine weitere Adelsgruppe an das Herzogtum, die bisher im Besitz der Landeshoheit bzw. von Herrschaftsrechten gewesen war und im Falle der Standesherrn auch über beträchtliche ökonomische Ressourcen verfügte. Die Integration ihrer Gebiete warf gravierende Probleme insofern auf, als sie in ganz unmittelbarer Weise die innenpolitischen Machtverhältnisse und die Handlungsfähigkeit des gerade erst ins Leben getretenen Staatswesens tangierte⁹.

Fortsetzung Fußnote von Seite 46

schichte einzelner Adelsfamilien die jährlichen Beiträge *Hellmuth Gensickes*, in: *Nassauische Annalen* (künftig: NAN) 67 ff. (1956 ff.). Eine Geschichte des Adels im Herzogtum Nassau, für die es kaum Vorarbeiten gibt, ist ein Desiderat der Forschung.

⁷ Zum katholischen Stiftsadel vgl. allgemein *Max Domarus*, *Der Reichsadel in den geistlichen Fürstentümern*, in: *Hellmuth Rössler* (Hrsg.), *Deutscher Adel 1555–1740* (Darmstadt 1965) 147–171; *Hanns Hubert Hofmann*, *Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert* (München 1962) bes. 126 ff.; *Reif*, *Westfälischer Adel* (wie Anm. 1); *Helmut Hartmann*, *Der Stiftsadel an den alten Domkapiteln zu Mainz, Trier, Bamberg und Würzburg*, in: *Mainzer Zeitschrift* 73/74 (1978/79) 99–138.

⁸ Der katholische Teil der Reichsritterschaft gehörte auch zum oben erwähnten Stiftsadel.

⁹ Zur Durchführung der Mediatisierung vgl. *Harry Münzing*, *Die Mediatisierung der ehemals reichen reichsunmittelbaren Standesherrn und Reichsritter im Herzogtum Nassau* (Diss. Mainz 1980); *Vinzens Lissek*, *Die Mediatisierung des Fürstentums Wied-Neuwied (1806–1848)*, in: NAN 80 (1969) 160–239; *Robert Meister*, *Nassau und Reichsritterschaft, vom Reichsdeputationshauptschluß bis zum Wiener Kongreß (1803–1815)* (Berlin 1923, ND Vaduz 1965); *Arthur Klein-schmidt*, *Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen 1789–1815* (Gotha 1912) 360 ff.

1. Der Anteil des Adels an Justiz und Verwaltung

Die Ursache des Konflikts resultierte aus der Widersprüchlichkeit der napoleonischen Herrschafts- und Gesellschaftspolitik, die einerseits egalisierende Reformen nach französischem Muster förderte, andererseits aber in der Rheinbundakte eine Reihe von Privilegien der Standes- und Grundherren rechtlich fixierte¹⁰. Diese hatte zwar den Monarchen in Art. 24 die Ausübung sämtlicher Souveränitätsrechte in den mediatisierten Gebieten ausdrücklich konzessiert, und Art. 26 hatte dies dahin gehend präzisiert, daß darunter das Recht der Gesetzgebung, der höchsten Gerichtsbarkeit, der Ausübung der Oberpolizei, der Konskription sowie der Besteuerung zu verstehen sei. Jedoch beließ Art. 27 den ehemals regierenden Fürsten und Grafen u.a. die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit in zivilen und Kriminalsachen, die Forstgerichtsbarkeit und -polizei sowie die aus diesen Rechten fließenden Einnahmen¹¹.

Während die Standesherrn all ihre Energien auf eine möglichst restriktive Auslegung der Souveränitätsrechte richteten und für sich eine Art von Unterlandesherrschaft (*ius territoriale subordinatum*) reklamierten, also letztlich für eine weitgehende Aufrechterhaltung der ohnehin als reformbedürftig angesehenen Verhältnisse des Ancien Régime plädierten, ging es der nassauischen Staatsführung sowohl um die Durchsetzung des Prinzips der Staatssouveränität als auch um die Verschmelzung der Vorläuferterritorien des Herzogtums zu einem homogenen Staatswesen, schon allein um Restaurationstendenzen entgegenzuwirken. Dabei fiel der Modernisierung von Justiz und Verwaltung eine strategisch wichtige Rolle zu. Nachdem der Versuch gescheitert war, die Standesherrn und Reichsritter zum freiwilligen Verzicht auf die ihnen zugesicherten Herrschaftsrechte zu bewegen, gab Staatsminister von Marschall schon im Dezember 1806 die Devise aus, „die Mediatisierte[n] von allem directen Einfluß auf die Landes-Administration“ zu entfernen¹². Insbesondere müsse, wie ihm sein enger Mitarbeiter Carl von Ibell, der intellektuelle Kopf der nassauischen Reformbürokratie, beipflichtete, das in einer jeden „Staatsverwaltung grundschädliche Institut des Staats im Staate“ vermieden werden¹³.

Bis zum Ende der Rheinbundzeit gelang auf dieser Basis die Integration der standesherrlichen Gebiete nach weitgehend einheitlichen Grundsätzen¹⁴. Weithin unbe-

¹⁰ Zur Rheinbundpolitik Napoleons vgl. zusammenfassend: *Elisabeth Fehrenbach*, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (München 21986); *Helmut Berding/Hans-Peter Ullmann* (Hrsg.), Deutschland zwischen Revolution und Restauration (Kronberg, Ts. 1981).

¹¹ Vgl. *Ernst Rudolf Huber* (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1 (Stuttgart 1961) 29 f.

¹² Schreiben an den damaligen hessen-darmstädtischen Regierungsrat Du Thil vom 14.12.1806; Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HStAW) 210/3385.

¹³ Bericht Ibells an den Wied-Runkelischen Regierungsrat Chlum zu Dierdorf vom 14.3.1807; HStAW 210/4003.

¹⁴ Die Eingliederungsverhandlungen mit den Standesherrn kamen wie folgt zu ihrem Abschluß: Mit Nassau-Oranien (Grafschaft Diez, Amt Burbach und die Gemeinschaften) im November 1806; mit Waldbott-Bassenheim (Reifenberg und Kransberg) im Juni 1807; mit Wied-Neuwied im Frühjahr 1808; mit Wied-Runkel im Juni 1808; mit Solms-Lich (Amt Hohensolms) im Oktober 1809; mit Solms-Braunfels (Amt Braunfels, Oberamt Greifenstein) Ende 1809; mit

stritten war, den Standesherrn den Status von privilegierten Staatsbürgern mit einer Reihe von Ehrenrechten (Unterhaltung eines Hofstaats, Trauergeläut, Ehrenwachen, privilegierter Gerichtsstand, Kirchen- und Schulpatronat etc.) einzuräumen. In dieser Frage lag man auf einer Linie mit den übrigen Rheinbundstaaten. In allen anderen Bereichen setzte sich eine sehr viel restriktivere Linie durch:

1. Die standesherrlichen Konsistorien, Regierungs- und Justizkanzleien wurden sämtlich aufgelöst und deren Kompetenzen auf die staatlichen Zentralbehörden und Obergerichte übertragen; lediglich die Unterhaltung einer Rentkammer für die Eigentumsverwaltung blieb gestattet.

2. Während den Standesherrn die mittlere Instanz in Jurisdiktions- und administrativen Angelegenheiten völlig genommen wurde, behielten sie einen gewissen Einfluß auf lokaler Ebene. Den bisher standesherrlichen Ämtern oblag zwar wie bisher die gesamte Polizeiverwaltung sowie die bürgerliche und peinliche Justiz in erster Instanz, als „Herzoglich-Nassauische und Standesherrliche“ Behörden erhielten sie jedoch eine Zwitterstellung. Während dem Standesherrn die Last der Unterhaltung der Lokalbehörden zufiel und ihm ein Präsentationsrecht für das Amtspersonal verblieb, eingeschränkt freilich durch die Bestimmung, die Beamten aus der Zahl der geprüften Staatsdienstkandidaten rekrutieren zu müssen, sicherte sich der Staat strategisch wichtige Eingriffsrechte. Denn mit der landesherrlichen Bestätigung rückten die Lokalbeamten in die „Classe der Staatsdiener“ ein, d.h. sie konnten nur noch nach Recht und Gesetz und von seiten des Staates entlassen werden¹⁵, wie sie prinzipiell auch den Weisungen der staatlichen Oberbehörden unterlagen. In gleicher Weise wurden auch die Forstverwaltung und -gerichtsbarkeit staatlicher Oberaufsicht und Kontrolle unterworfen.

3. Schließlich fand eine Scheidung der standesherrlichen Revenuen von den landesherrlichen Einkünften statt, wobei die Mediatisierten in erheblichem Maße am Abtrag der Schulden beteiligt wurden. Zunächst noch verbliebene Einkünfte wurden dann freilich schon im Zuge der Steuerreform von 1809/12 aufgehoben und in Form von Entschädigungsrenten abgegolten, wie auch die traditionelle Steuerbefreiung der Mediatisierten künftig entfiel.

Mit weniger Energie, wenn auch mit der gleichen Stoßrichtung wurde die Eingliederung der reichsritterschaftlichen Gebiete betrieben. Diese wurden jeweils den nächstgelegenen herzoglichen Ämtern unterstellt, zur Verwaltung der persönlichen Einkünfte aber teilweise die Beibehaltung einer eigenen Rentei erlaubt. Wer noch die niedere Gerichtsbarkeit ausübte, konnte auch eine eigene Justizstelle unterhalten; in diesem Falle bedurfte der Justizbeamte der landesherrlichen Bestätigung. Den Reichsrittern wurde die Kriminalgerichtsbarkeit völlig, die niedere Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Sachen teilweise entzogen. Ebenso ging die Oberaufsicht über die Forstge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 48

Anhalt-Bernburg-Schaumburg (Grafschaft Holzappel, Herrschaft Schaumburg) im Mai 1810. Vgl. *Münzing*, Mediatisierung (wie Anm. 9), 80–108.

¹⁵ Verordnung vom 15./17.3.1808; *Sammlung der landesherrlichen Edikte und Verordnungen des Herzogthums Nassau* (künftig: SIEV), 4 Bde. (Wiesbaden 1817–1846) Bd. 1, 25 f.

richtbarkeit und Forstverwaltung zum überwiegenden Teil auf die staatlichen Forstämter über¹⁶.

Obwohl es bis zum Ende der Rheinbundzeit also nicht zu einer konsequenten Trennung von öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Sphäre kam, so war doch bereits zu diesem Zeitpunkt der Traum von der Unterlandesherrschaft ausgeträumt. Zwar beließ man den Mediatisierten gewisse Rechte, deren Ausübung wurde aber einer so exzessiven staatlichen Aufsicht und Kontrolle unterworfen, daß von einer Handlungsautonomie der Standesherren und Reichsritter keine Rede mehr sein konnte. Das etablierte System der Auftragsverwaltung war vielmehr daraufhin ausgelegt zu verhindern, daß sich die standesherrlichen und reichsritterschaftlichen Behörden zu Fremdkörpern im Verwaltungsorganismus entwickelten. Gemessen an den Kosten waren die verbliebenen Rechte und Kompetenzen eher bescheiden, so daß ein Teil der Mediatisierten schließlich freiwillig auf deren Ausübung verzichtete¹⁷.

Die Vorgehensweise der nassauischen Regierung ist freilich nicht nur durch ihre Kompromißlosigkeit und Konsequenz, mit der die Mediatisierten aus Justiz und Verwaltung verdrängt wurden, charakterisiert, sondern auch dadurch, daß sie sich grundsätzlich organischer Festlegungen enthielt und den Weg zu Einzelvereinbarungen mit den Standesherren und Reichsrittern beschritt. Beides trug entscheidend dazu bei, daß es nach dem Untergang des Rheinbundes nicht zu einer Restauration adeliger Herrschaftsrechte kam. Da sich die Mediatisierten auf einzelvertragliche Regelungen eingelassen hatten, wurde die nassauische Regierung sogar der Verpflichtung enthoben, die in Art. 14 der Deutschen Bundesakte als subsidiäre Norm festgeschriebenen günstigeren bayerischen Regelungen von 1807 im Herzogtum einzuführen¹⁸. Während es in Preußen¹⁹ und in Süddeutschland²⁰ zunächst vielfach zu einer gewissen Konsolidierung oder sogar Ausweitung standes- und grundherrlicher Justiz- und Administrativbefugnisse kam, schritt man in Nassau auf dem einmal eingeschlagenen Weg der Zurückdrängung der Mediatisierten konsequent fort. Im Vordergrund stand dabei vor allem die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit.

¹⁶ Münzing, Mediatisierung (wie Anm. 9), 111–126.

¹⁷ Nachdem z.B. die Fürstin von Anhalt-Bernburg-Schaumburg auf die Unterhaltung eines eigenen Amtes in der Grafschaft Holzappel und in der Herrschaft Schaumburg verzichtet hatte, wurde per Verordnung vom 9.1.1814 das Amt Schaumburg aufgelöst und die Amtsortschaften auf die angrenzenden Ämter Katzenelnbogen und Nassau verteilt; Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau (künftig: VBl.) 1814, 8.

¹⁸ Vgl. Huber (Hrsg.), Dokumente (wie Anm. 11), Bd. 1, 78 f.

¹⁹ Zur schonenderen Behandlung der Fürsten von Wied-Neuwied und zu Solms-Braunfels durch die preußische Regierung nach 1815 – beiden wurde 1825 sogar die Wiedererrichtung einer eigenen fürstlichen Regierung zugestanden –, vgl. ausführlich Rolf Schier, Standesherren. Die Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918) (Karlsruhe 1977).

²⁰ Vgl. für Bayern Hofmann, Adelige Herrschaft (wie Anm. 7), bes. 379 ff., 444 ff., sowie die relativierenden Ausführungen von Walter Demel, Der bayerische Staatsabsolutismus. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs (München 1983) 277 ff. Zur Situation in Baden: Elisabeth Fehrenbach, Das Erbe der Rheinbundzeit: Macht und Privilegienschwund des badischen Adels zwischen Restauration und Vormärz, in: AfS 23 (1983) 99–122; dies., Das Scheitern der Adelsrestauration in Baden, in: Eberhard Weis (Hrsg.), Reformen im rheinbündischen Deutschland (München 1984) 251–264.

Wie wenig die Staatsführung gesonnen war, auf den Sonderstatus der Standesherrn und Reichsritter auch fernerhin Rücksicht zu nehmen, signalisierten in aller Deutlichkeit schon die umfassenden Staats- und Verwaltungsreformen der Jahre 1815/18, die dem Herzogtum ein straff zentralistisches, bürokratisch-monokratisches Verwaltungssystem bescherten und die Vereinheitlichung des öffentlich-rechtlichen Normenkatalogs weiter vorantrieben. Vor allem die Neugliederung der Amtsbezirke, die auf historisch gewachsene Grenzen keine Rücksicht mehr nahm, und die ohne Mitwirkung der Mediatisierten durchgeführte Reorganisation der Lokalverwaltung demonstrierten den festen Willen der Regierung, die sogenannten Souveränitätslande mit dem übrigen Staatsgebiet zu verschmelzen²¹. Durch im allgemeinen großzügig bemessene finanzielle Entschädigungen konnten die Mediatisierten entweder zum endgültigen Verzicht auf ihre Jurisdiktions- und exekutiven Rechte bewegt werden, oder diese erklärten sich zu einer ständigen Übertragung auf die landesherrlichen Behörden bereit. Zwar blieben die Ämter Runkel und Selters bis 1849 zugleich auch standesherrliche Behörden, doch haben wir es hier mit einer Umkehrung der bisherigen Situation zu tun: Nach der Verstaatlichung der Lokalverwaltung im Jahre 1816 übten nun staatliche Behörden standesherrliche Funktionen aus und nicht umgekehrt standesherrliche Behörden hoheitliche Funktionen. Mochten die erreichten Ergebnisse aus einer puristischen Sicht der Dinge auch unbefriedigend erscheinen, für die Verwaltungspraxis blieb entscheidend, daß das Netz der Staatsadministration nicht durchlöchert, die Einheit der Verwaltung gewahrt, ein ungehinderter Zugriff der Zentralbehörden auf die Lokalverwaltung sichergestellt und der Staat damit vor Ort wirklich präsent war²².

Die formelle Aufhebung der Jurisdiktions- und exekutiven Befugnisse der Mediatisierten während der Revolution von 1848/49 bildete in Nassau denn auch keine inhaltliche Zäsur mehr, sondern brachte lediglich die rechtliche Sanktionierung eines de facto schon seit längerem existierenden Zustands²³.

Fragt man nach den Gründen dieser frühzeitigen und fast völligen Verdrängung der Mediatisierten aus Justiz und Verwaltung, sind vor allem drei Aspekte hervorzuheben: 1. Die Mediatisierten leisteten nur begrenzt Widerstand gegen die staatliche Eingliederungspolitik, nicht zuletzt weil die Hauptresidenzen und damit auch die Interessenschwerpunkte eines Teils der Standesherrn außer Landes lagen und die von Regierungsseite angebotenen, im allgemeinen großzügigen Entschädigungen den Verzicht auf die Rudimente der einstigen Herrschaftsrechte erleichterten. 2. Die Herzöge von Nassau waren mehr noch als die süddeutschen Regenten peinlich auf die Wahrung ihrer Souveränitätsrechte bedacht²⁴, was sich auch daraus erklärt, daß sie erst durch die Rangerhöhung Napoleons die Präzedenz vor den Standesherrn erlangt hatten. 3. In der nassauischen Bürokratie gab es keine adelsfreundliche Fraktion, auf deren Entge-

²¹ Dazu ausführlich *Treichel*, *Primat* (wie Anm. 5), 119–236, bes. 130 ff.

²² Vgl. *Münzing*, *Mediatisierung* (wie Anm. 8), 148–168.

²³ Ebd. 168 f.

²⁴ Dazu allgemein *Winfried Schüler*, *Die Herzöge von Nassau. Macht und Ohnmacht eines Regentenhauses im Zeitalter der nationalen und liberalen Bewegung*, in: *NAN* 95 (1984) 155–172; *Michael Riesener*, *Die Politik der Herzöge von Nassau zur Sicherung von Besitz und Herrschaft 1806–1866*, in: *NAN* 102 (1991) 145–173 und 103 (1992) 181–215.

genkommen die Mediatisierten hätten rechnen können, ein Faktum, das auch aus der Sozialstruktur der nassauischen Beamtenschaft resultiert.

2. Die Repräsentanz des Adels in der nassauischen Verwaltungselite

Daß der Adel während des 19. Jahrhunderts eine dominierende Position in Regierung und Verwaltung in erstaunlicher Kontinuität habe behaupten können, ja im Zeichen einer Adelsrestauration seit den 1820er Jahren seine Stellung sogar habe ausbauen können, dieses Stereotyp findet sich, in Zusammenfassung der älteren und jüngeren Spezialliteratur²⁵, noch in den neueren Gesamtdarstellungen zur deutschen Geschichte von Hans-Ulrich Wehler, Karl-Georg Faber und auch Thomas Nipperdey²⁶. Zustande gekommen ist dieses vornehmlich an Preußen und Bayern gewonnene Bild, erstens, durch eine Beschränkung auf die obersten Ränge der Diensthierarchie. Zweitens liegt der üblichen Fixierung auf die sogenannte Allgemeine Verwaltung ein antiquierter Staatsbegriff zugrunde, der die Ausdehnung der Staatsfunktionen unberücksichtigt läßt und die im 19. Jahrhundert am stärksten expandierenden Sektoren des öffentlichen Dienstes, die Technische und Leistungsverwaltung, außer Betracht läßt. Drittens schwingt trotz aller Ansätze zu einer Differenzierung des Adels nach Rang, Alter der Adelstradition, regionaler Herkunft etc. letztlich doch die Vorstellung eines weitgehend interessenhomogenen „ideellen Gesamtadels“ unterschwellig mit. Erweitert man dagegen die Perspektiven in dem hier angedeuteten Sinne, dann kommt man nicht nur für Nassau zu sehr viel differenzierteren Ergebnissen.

Entsprechend der eingangs getroffenen Feststellung, der Nassauer Raum sei eine eher adelsarme Landschaft, überrascht die vergleichsweise geringe Repräsentanz des Adels in der nassauischen Verwaltungselite nicht: Diese war in ihrer Mehrheit stark bürgerlich geprägt (88,6%), lediglich 10,7% aller Beamten gehörten dem Adel an, und 0,7% wurden nobilitiert. Während der Existenz des Herzogtums verschoben sich diese Proportionen nur unwesentlich, und zwar zu Lasten des Adels. Dessen Anteil

²⁵ Genannt seien vor allem: *Nikolaus von Preradovich*, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen (1804–1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945 (Wiesbaden 1955); *Walter Schärfl*, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918 (München 1955); *Henning von Bonin*, Adel und Bürgertum in der höheren Beamtenschaft der preußischen Monarchie 1794–1806, in: *JbGMOD* 15 (1966) 139–174; *Reinhard Koselleck*, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848 (Stuttgart 1975) bes. 676 ff.; *Dietrich Wegmann*, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815–1918 (Münster 1969); *John R. Gillis*, The Prussian Bureaucracy in Crisis 1840–1860. Origins of Administrative Ethos (Stanford 1971); *Klaus Schwabe* (Hrsg.), Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815–1933 (Boppard 1983); *Hansjoachim Henning*, Die deutsche Beamtenschaft im 19. Jahrhundert. Zwischen Stand und Beruf (Stuttgart 1984); *Klaus Schwabe* (Hrsg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945 (Boppard 1985); *Bernd Walter*, Die Beamtenschaft in Münster zwischen ständischer und bürgerlicher Gesellschaft. Eine personengeschichtliche Studie zur staatlichen und kommunalen Beamtenschaft in Westfalen (1800–1850) (Münster 1987).

²⁶ *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat (München 1983) 324 f.

lag im ersten Dezennium mit 13,0% leicht über dem sechzigjährigen Durchschnittswert, schwankte dann in den nächsten Jahrzehnten zwischen 9 und 12,3%, um in der letzten Dekade auf 7,6% abzusinken²⁷.

Nur geringe Schwankungen gab es auch zwischen den verschiedenen Verwaltungszweigen. Im Bereich Justiz/Allgemeine Verwaltung betrug der Adelsanteil 13,2%, bei den 88 Verwaltungsjuristen, die zeitweise auch in der Finanzverwaltung tätig waren, lag er mit 19,3% sogar noch etwas höher. Hingegen übten die Technische und Finanzverwaltung mit 7,8% bzw. 4,7% wenig Anziehungskraft auf den Adel aus.

Signifikantere Verschiebungen zugunsten des Adels treten freilich dann auf, wenn man eine vertikale Differenzierung vornimmt. Von den acht Staatsministern gehörten allein sieben dem Adel an, übrigens allesamt Abkömmlinge altadeliger Familien, darunter ein Mitglied des Hochadels (August Ludwig Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg) und ein nassauischer Standesherr (Carl Wilderich Graf von Walderdorff). Einziger Bürgerlicher in diesem Amt war August Hergenhahn, der Ministerpräsident der Revolutionszeit 1848/49. In den darunter angesiedelten Funktionen der Präsidenten und Direktoren der Zentralbehörden sinkt der Adelsanteil dann bereits auf 29,6% (16 von 54 Beamten) ab, wobei auch hier ein deutliches Übergewicht des Altadels zu konstatieren ist, der 9 von 16 adeligen Spitzenbeamten stellte. Leicht über dem Durchschnittswert lag der Adelsanteil auch noch bei den Kollegialräten (16,5%), während auf allen darunter angesiedelten Ebenen das bürgerliche Element völlig dominierte²⁸.

Demnach erreichten zwei von drei adeligen Mitgliedern der nassauischen Verwaltungselite (63 von 94) mindestens den Rang eines Kollegialrates – bei den Altadeligen waren es sogar 81,8% –, während nur knapp einem Drittel der bürgerlichen Beamten (236 von 777) dieser Karrieresprung gelang. Adelige Beamte besaßen also weitaus bessere Aufstiegschancen als ihre bürgerlichen Kollegen, die wiederum das Gros der Stellen in der Ministerialbürokratie²⁹ und in der Lokalverwaltung besetzten – dort, wo die Masse der Verwaltungsgeschäfte anfiel. Die Auffassung Hennings, in den Mittel- und Kleinstaaten könne man die Kabinette „pars pro toto für die Ministerialbürokratie“ nehmen, ist damit widerlegt³⁰.

Während der Existenz des Herzogtums gab es lediglich einige leichte Verschiebungen in den einzelnen Funktionsrangklassen. Bei den Präsidenten und Direktoren lag die Adelsquote in den Jahren 1816–1825 und 1826–1835 (40,9% bzw. 38,9%) am höchsten – in dieser Periode gab es freilich ein deutliches Übergewicht des jüngeren Adels (1816–1825: 5 von 7 Beamten, 1826–1835: 3 von 4 Beamten) –, um in den folgenden Dezennien auf 26,7%, 20% und 21,1% abzusinken. Eine gegenläufige Entwicklung fand dagegen bei den Kollegialräten statt. Hier erreichte der Adelsanteil im ersten Jahrzehnt (1806–1815) mit 21,9% seinen Höchststand, fiel in der ersten Dekade nach der Verwaltungsreform (1816–1825) dann auf 9,4% und pendelte in der

²⁷ Vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), Tab. 17.

²⁸ Bei den Räten, Zentralsekretären und Titularräten betrug die Adelsquote 5,8%, 5,5% bzw. 2,6%; vgl. ebd. Tab. 18.

²⁹ Die nassauischen Oberbehörden entsprechen ihrer Funktion nach den Ministerien der größeren Staaten.

³⁰ *Henning*, Deutsche Beamenschaft (wie Anm. 25), 38.

Folgezeit zwischen 11,1% und 16,9%. Mit anderen Worten: Selbst in den ‚Hochzeiten‘ des Adels überwog in der nassauischen Verwaltungselite stets und deutlich das bürgerliche Element; von einer gezielten Verdrängung des verbeamteten Bürgertums kann demnach keine Rede sein.

Innerhalb der Beamtenaristokratie dominierte in Nassau wiederum der jüngere Adel³¹. Nur ein gutes Drittel gehörte dem Altadel an, die gleiche Anzahl entstammte einer neuadeligen Familie, während in 17 Fällen die Standeserhöhung erst nach der Geburt des Probanden erfolgt war. Bei 11 Beamten konnte eine eindeutige Zuordnung nicht vorgenommen werden³². Unter qualitativen Gesichtspunkten betrachtet, gehörten ein Beamter dem Hochadel (Prinz Wittgenstein), zwei dem Grafenstand (Staatsminister von Walderdorff³³, Legationsrat von Bismarck) und 39 Staatsdiener dem Freiherrenstand an. In der bürokratischen Elite dominierte mithin der Niederadel, insbesondere der Briefadel.

Die Stellung innerhalb der Adelshierarchie und die Länge der Adelstradition bieten aber noch kein hinreichendes Kriterium für die Verortung des in der nassauischen Verwaltungselite vertretenen Adels; hinzutreten muß eine Unterscheidung von eingessenenem Adel und zugezogenem Dienstadel. In dieser Beziehung ist die fast völlige Absenz der nassauischen Standesherrn und Reichsritter sowie des im Herzogtum begüterten katholischen Stiftsadels augenfällig³⁴. Diese beiden Adelsgruppen stellten lediglich 5 von 94 adeligen Mitgliedern der bürokratischen Elite, davon allein drei in der Anfangsperiode bis zum Jahr 1816³⁵. Woran lag das?

³¹ Zum Altadel werden alle Geschlechter gezählt, die mindestens einhundert Jahre vor der Geburt des erfaßten Mitglieds adelig waren; zum Neuadel Personen, die bei ihrer Geburt bereits dem Adel angehörten; und zum Neuesten Adel werden Personen gerechnet, deren Familie erst nach der Geburt des Probanden in den Adelsstand erhoben wurde; jüngerer Adel umfaßt im folgenden den Neu- und Neuesten Adel. Bis auf die zusätzliche Kategorie Neuester Adel folge ich damit der Einteilung von *Preradovich*, Führungsschichten (wie Anm. 25), 5.

³² Bei den im Herzogtum angesessenen bzw. begüterten Adelsfamilien dominierte dagegen eindeutig der Altadel. Vgl. die Auflistung bei *Otto Titan von Hefner* (Bearb.), *Der blühende Adel des Herzogtums Nassau* (1857), in: J. Siebmacher's großes Wappenbuch, Bd. 20: Die Wappen des hessischen und thüringischen Adels (ND Neustadt a. d. Aisch 1977) 1–14 (separat paginiert).

³³ Die Grafen von Walderdorff waren zwar nassauische Standesherrn, zählten aber nicht zum Hochadel gemäß Art. 14 der Deutschen Bundesakte. Vgl. die Auflistung bei *Gollwitzer*, Standesherrn (wie Anm. 1), 352–354.

³⁴ Die Distanz des im Herzogtum angesessenen bzw. begüterten Adels zum nassauischen Staat drückte sich auf vielerlei Ebenen aus. Sei es, daß der adelsstolze Reichsfreiherr vom Stein sich durch die Verweigerung des Untertaneneides selbst aus der nassauischen Innenpolitik ausschaltete (vgl. *Max Domarus*, Steins Verweigerung des nassauischen Untertaneneides und ihre Vorgeschichte, in: NAN 52 [1932] 18–49); sei es, daß der Fürst von Wied-Neuwied aus Protest gegen die Behandlung der Mediatisierten erst 1831 seinen erblichen Sitz in der Herrenbank einnahm (vgl. VBl. 1831, 85); oder indem sich die überwiegende Mehrheit der erblichen Mitglieder der Ersten Kammer permanent vertreten ließ und damit die ihr von der Verfassung zugedachte Rolle nicht ausfüllte. In die nämliche Richtung deuten aber auch Vermögensveräußerungen hin, ablesbar an der abnehmenden Zahl von Wahlberechtigten zur Herrenbank und am Sinken ihres Steuerkapitals (vgl. VBl. 1818, 9 f.; VBl. 1825, 9; VBl. 1832, 21; VBl. 1839, 13 f.; VBl. 1846, 13 f.).

³⁵ Der spätere Bundestagsgesandte Geheimer Rat Wilhelm Freiherr von Breidbach-Bürresheim, Rechnungskammerpräsident Constantin Freiherr von Ritter zu Grünstein, Regierungsrat Carl August Friedrich von Seckendorf, Rechnungskammerpräsident Friedrich August Freiherr Schütz

Die Standesherrn und Reichsritter standen infolge der Mediatisierung ihrer Gebiete im allgemeinen in scharfer politischer Opposition zum nassauischen Staat, der sie ihrer einstigen Herrschaftsrechte beraubt hatte. Da erstere durch Art. 14 der Deutschen Bundesakte auch formal die Ebenbürtigkeit mit der regierenden Dynastie erlangt hatten, war die Neigung gering, in den nassauischen Staatsdienst einzutreten und mühsam die Karriereleiter zu erklimmen. Darüber hinaus waren die Mediatisierten ebenso wie der katholische Stiftsadel mehrheitlich auch in anderen deutschen Staaten begütert, besaßen dort z.T. ebenfalls die Landstandtschaft und mußten von daher eine Entscheidung über ihren politischen Wirkungskreis und Lebensmittelpunkt treffen³⁶. Im Falle des katholischen Stiftsadels dürfte schließlich noch der konfessionelle Gegensatz zum protestantischen Regentenhaus eine Rolle gespielt haben. Angesichts der geringen Größe des Herzogtums, dem auch die kulturelle Anziehungskraft etwa des Weimarer Musenhofes fehlte, fiel deshalb die Wahl in der Regel zugunsten Österreichs, Preußens oder der süddeutschen Mittelstaaten aus. Freilich, vom Standpunkt adeliger Interessenwahrung hätte an sich eine Strategie nahegelegen, in jeder Generation wenigstens ein Familienmitglied in nassauische Dienste zu entsenden³⁷.

Die absolute Zurückhaltung der nassauischen Herzöge in bezug auf Nobilitierungen verhinderte schließlich eine mögliche Steigerung des Adelsanteils³⁸. Im Unterschied zu Baden³⁹, Bayern⁴⁰, Württemberg⁴¹ und Preußen⁴², die sich im allgemeinen

Fortsetzung Fußnote von Seite 54

von Holzhausen und Staatsminister Carl Wilderich Graf von Walderdorff. Die dem jüngeren Adel zugeordneten sieben Mitglieder der erst 1782 nobilitierten, 1783 mit der Herrschaft Osterspays belehnten, 1791 in den Reichsfreiherrnstand erhobenen und 1792 in die Ritterschaft des Mittelrheins aufgenommenen Familie von Preuschen von und zu Liebenstein bleiben hier außer Betracht; vgl. *Karl Wolf*, Georg Ernst Ludwig Freiherr von Preuschen, 1727–1794, in: *Nassauische Lebensbilder*, Bd. 6 (Wiesbaden 1961) 97–113, hier 99.

³⁶ Die Grafen von Waldbott-Bassenheim waren anfänglich in sieben deutschen Staaten begütert (vgl. *Gollwitzer*, Standesherrn [wie Anm. 1], 64), die Grafen von Schönborn waren bayerische Standesherrn und auch in Böhmen ansässig (vgl. ebd., 54, 341 u. passim), während die Grafen von Eltz 1737 die weit entfernte Herrschaft Vukovar in Slawonien erworben hatten (*F. W. E. Roth*, Geschichte der Herren und Grafen zu Eltz, Bd. 2 [Mainz 1890] 308 ff.).

³⁷ Von den elf männlichen erwachsenen Familienmitgliedern der im Herzogtum begüterten Kempenicher Linie der Grafen von Eltz trat z.B. kein einziges in nassauische Dienste. Vgl. *Genealogisches Handbuch des deutschen Adels*, Bd. 40 (Limburg 1967) 103–115; *Roth*, Geschichte (wie Anm. 36), Bd. 2, 156–207.

³⁸ Zwischen 1806 und 1866 wurden in Nassau nur 8 Bürgerliche, zumeist Offiziere, nobilitiert. Die Herzöge bestätigten außerdem in 29 Fällen einen bereits existierenden Adelsstand, nahmen zwei Adelsstandserneuerungen und zwei Standeserhöhungen von Adeligen vor und genehmigten zwei Namensänderungen. Vgl. *Maximilian Gritzner* (Bearb.), *Standes-Erhebungen und Gnaden-Acte deutscher Landesfürsten während der letzten drei Jahrhunderte*, Bd. 2 (Görlitz 1881) 601–607.

³⁹ Nach *Lloyd E. Lee*, *The Politics of Harmony. Civil Service, Liberalism, and Social Reform in Baden, 1800–1850* (Newark/London/Toronto 1980) 71 f., wurden von ca. 400 Beamten oberhalb des Ranges eines Amtmanns zwischen 1815 und 1848 annähernd 100 nobilitiert.

⁴⁰ In Bayern folgte der Berufung von Bürgerlichen, die zwischen 1806 und 1918 (mit Ausnahme der Kriegsminister) 59,2% aller Minister stellten, in das Ministeramt fast automatisch die Erhebung zumindest in den Ritterstand. Die Nobilitierung war auch bei den Regierungspräsidenten üblich. Vgl. *Schärl*, *Zusammensetzung* (wie Anm. 25), 32, 54 u. 193 ff.

durch eine großzügigere Nobilitierungspraxis auszeichneten, verzichtete man in Nassau grundsätzlich darauf, bürgerlichen Beamten beim Einrücken in eine Spitzenposition wenigstens den Personaladel zu verleihen oder sie sogar in den erblichen Adelsstand zu erheben. Dementsprechend reduzierte sich bei fünf von sechs⁴³ Nobilitierungen von Mitgliedern der nassauischen Verwaltungselite der Beitrag des Landesherrn auf die Bestätigung der von einem ausländischen Monarchen verfügten Standeserhöhung; und nur im Fall des Obersteuerrats Johann Joseph Thewalt⁴⁴ spielte Herzog Wilhelm eine aktive Rolle, indem er die Übertragung des Adelstitels von der ohne einen männlichen Nachkommen gebliebenen Schwiegermutter (Geheimrätin von Gürtler) auf den adoptierten Schwiegersohn genehmigte. Hinzu kommt mit Franz von Morenhoffen der Sohn eines von Herzog Wilhelm geadelten Offiziers. Legte man die württembergische Nobilitierungspraxis zugrunde, hätte zumindest den 38 bürgerlichen Spitzenbeamten (einschließlich Carl von Ibell und Ludwig von Rößler) wenigstens der Personaladel verliehen werden müssen. Einen nachhaltigen Aristokratisierungsschub hätte freilich erst die Einbeziehung der Kollegialräte und die Verleihung des erblichen Adelstitels bewirkt, da nur er eine adelige Familientradition begründete.

Somit rekrutierte sich das Gros der adeligen Mitglieder der Verwaltungselite des Herzogtums aus einem auswärtigen Dienstadel, der erst infolge der durch die napoleonische Machtexpansion in Europa ausgelösten Transformationsprozesse engere Bindungen an Nassau entwickelte: Mit der Vereinigung und Arrondierung der walramischen Besitzungen und ihrer Erhebung zum souveränen Herzogtum entstand zum einen ein Staatswesen von respektabler Größe, das vor allem auch für den Adel eine erkleckliche Zahl von attraktiven Beamtenstellen bereithielt. Zum anderen schuf die Etablierung des modernen nassauischen Staates, der im wesentlichen ein Werk der Reformbürokratie war, Raum für eine positive Identifikation mit dem Land und seiner Dynastie. Schließlich trug auch das moderne Beamtenrecht, das auf die Schaffung einer dem Staat treu ergebenden Dienerschaft zielte, zum Rückgang interterritorialer Mobilität und damit zur Sesshaftwerdung der Beamtenschaft bei.

Von den dienstadeligen Familien in Nassau entwickelte freilich nur eine begrenzte Anzahl wirklich dauerhafte Bindungen an das Herzogtum, indem sie über mehr als eine Generation in herzoglichen Diensten verblieb, z.T. Grundbesitz erwarb und damit auch die Wahlberechtigung zur Ersten Kammer⁴⁵. Dazu zählen etwa die altadeli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 55

⁴¹ Im Königreich Württemberg zog der Aufstieg in die höheren Stellen in Bürokratie und Militär die Erhebung in den persönlichen Adelsstand nach sich. Vgl. Bernd Wunder, Der württembergische Personaladel (1806–1913), in: ZWLG 40 (1981) 494–518.

⁴² Zwischen 1815–1918 wurden z.B. zehn von zwölf bürgerlichen Oberpräsidenten nobilitiert. Vgl. Henning, Deutsche Beamtenschaft (wie Anm. 25), 48.

⁴³ Davon müssen strenggenommen sogar zwei Fälle (Carl von Ibell, Carl Freiherr von Kayser) abgezogen werden, da die Erhebung in den Adelsstand erst nach deren Ausscheiden aus nassauischen Diensten erfolgte.

⁴⁴ In den erblichen nassauischen Adelsstand erhoben durch Diplom vom 30.1.1832 als „von Thewalt-Gürtler von Gürtelrein“, [Brünner] Genealogisches Taschenbuch der Ritter- und Adels-Geschlechter, Bd. 9 (Brünn 1884) 157 u. 554f.

⁴⁵ Zwischen 1818 und 1846 stieg die Zahl der Wahlberechtigten zur Ersten Kammer aus Fami-

gen Familien von Marschall, von Dungern, von Gagern und von Wintzingerode sowie von seiten des jüngeren Adels die Familien von Preuschen, von Reichenau, von Rößler und von Saint-George. Bei diesen auch verwandtschaftlich zumeist eng miteinander verbundenen Familien⁴⁶ bildete sich so etwas wie eine nassauische Identität aus, entstand ein im eigentlichen Sinne ‚nassauischer Adel‘, während bei den anderen Adelsgruppen (Standesherrn, Reichsritter, katholischer Stiftsadel), sieht man von Einzelfällen ab, im Grunde genommen nur von einem ‚Adel in Nassau‘ gesprochen werden kann. Dieser Prozeß wurde freilich durch den Untergang des Herzogtums im Jahre 1866 frühzeitig abgebrochen.

Für die Einordnung dieses Dienstadels ist übrigens von sekundärer Bedeutung, ob die Familie in anderen deutschen Staaten zur grundbesitzenden Aristokratie zählt. Denn entscheidend für diese adelige Führungsgruppe ist, daß sich ihre politische und gesellschaftliche Position in Nassau primär aus ihrer exponierten Stellung im Zivil-, Militär- und Hofdienst ableitete, sie über keine herausragenden ökonomischen Ressourcen, z.B. Grundbesitz⁴⁷, verfügte und somit auch nicht unmittelbar in die traditionelle Herrschafts- und Sozialordnung eingebunden war. Von daher war ihr Interesse weniger auf die Konservierung adeliger Herrschaftsrechte und Privilegien als auf die Verteidigung des Primats von Monarchie und Bürokratie gerichtet. Diese, trotz aller Einbindung in die Adelsgesellschaft Mitteleuropas, existentielle Nähe des nassauischen Beamtenadels zum verbeamteten Bürgertum – Herauslösung aus der Bodenständigkeit; Ähnlichkeit der ökonomischen Lage und des Bildungsprofils; soziale Exklusivität des Ergänzungs-⁴⁸ und Verflechtungsverhaltens⁴⁹; Gemeinsamkeit bürokra-

Fortsetzung Fußnote von Seite 56

lien, die in der bürokratischen Elite Nassaus vertreten waren, kontinuierlich von 7 (1818) auf 17 (1839) an bei 38 bzw. 39 wahlberechtigten adeligen Grundeigentümern. Vgl. VBl. 1818, 9 f., und VBl. 1846, 13 f.

⁴⁶ Zum Verflechtungsverhalten der nassauischen Verwaltungselite vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 564 ff.

⁴⁷ Wie bescheiden die ökonomische Lage des Adels in Nassau war, läßt sich anhand der Wahlberechtigten zur Ersten Kammer der nassauischen Ständeversammlung, der Herrenbank, demonstrieren. Laut Edikt vom 3./4.11.1815 (SIEV Bd.1, 10f.) war die Wahlfähigkeit der adeligen Grundeigentümer an die Entrichtung von mindestens 21 Gulden Grundsteuer je Steuersimplum gebunden; das entspricht einem Grundsteuerkapital von 5040 fl. Bei den Wahlen zur 1. Ständeversammlung im Jahre 1818 erfüllten lediglich 39 adelige Personen bzw. Familien diesen moderaten Wahlzensus, darunter nur zwei Staatsdiener (Staatsminister von Marschall, Geheimrat von Zwielerlein), drei in der bürokratischen Elite vertretene Adelsfamilien (die Freiherrn von Ritter, von Preuschen und von Breidbach-Bürresheim) und zwei Beamtenwitwen (Freifrau von Schütz zu Holzhausen, Geheimrätin von Gürtler). An der Spitze des nassauischen Beamtenadels stand übrigens der für seine Verdienste um das Herzogtum reich belohnte Minister von Marschall (ca. 61 000 fl. Grundsteuerkapital), drei weitere Beamtenfamilien brachten es immerhin auf mehr als 20 000 fl. (von Preuschen, von Zwielerlein, von Ritter, von Schütz zu Holzhausen). Bis 1846 gab es zwar eine Reihe von Vermögensumschichtungen innerhalb des grundbesitzenden Adels (durch Erbteilungen, Heiraten, Erbschaften etc.), doch blieb die ökonomische Lage der adeligen Beamtschaft, die mehrheitlich kaum über die Verhältnisse des besser situierten Bürgertums hinausgelangte, im wesentlichen unverändert. Vgl. VBl. 1818, 9 f.; VBl. 1825, 9; VBl. 1832, 21; VBl. 1839, 13 f.; VBl. 1846, 13 f.

⁴⁸ Der Grad der Selbstrekrutierung war bei den adeligen Beamten sogar noch höher als bei ihren

tischer Herrschaftsinteressen – fand ihren Niederschlag auch im Gefüge des nassauischen Staatsdienstes.

3. Die Stellung des Adels im Binnengefüge der Bürokratie

Nach Faber soll die starke Durchsetzung der Bürokratie mit Adeligen in Verbindung mit der Übertragung bislang adeliger Vorrechte auf die hohe Staatsdienerschaft – Rangordnung, Hoffähigkeit, Titelführung, Uniformierung etc. – langfristig der sozialen und mentalen Anpassung der bürgerlichen Beamten an den Adel Vorschub geleistet haben, so daß der Beamtenstand aufgrund dieses Funktionswandels seine Rolle als Vorreiter liberaler Gesellschaftsreformen eingebüßt habe⁵⁰. Abgesehen davon, daß es in Nassau die von Faber unterstellte Dominanz des Adels in der Verwaltungselite so nicht gegeben hat, wird seine Sicht der Dinge auch aus folgenden Gründen der komplexen historischen Realität nicht gerecht: 1. Übersehen werden die nivellierenden Tendenzen des modernen Beamtenrechts und Verwaltungssystems, die zu Lasten adeliger Vorrechte gingen und darauf hindeuten, daß Anpassungsprozesse nicht nur in einer Richtung abliefen. 2. Unterschätzt werden die Unterschiede, die bei aller Annäherung zwischen adeligen und bürgerlichen Beamten bestehen blieben. 3. Wie das nassauische Beispiel zeigt, mündete die Privilegierung der Beamtenschaft nicht notwendig in deren Aristokratisierung ein.

1. Betrachtet man die Entstehungsgeschichte des modernen Beamtentums, so ist eine gegen die grundbesitzende Aristokratie gerichtete Tendenz unübersehbar. Das gilt nicht nur für die Frühe Neuzeit, sondern auch für die Umbruchszeit um 1800. Denn als sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Konflikte zwischen der Monarchie und den traditionellen Eliten erneut zuspitzten, erwies sich die Beamtenschaft als die eigentliche staatstragende Kraft, mit deren Hilfe sich zudem die notwendige Modernisierung von Staat und Gesellschaft bewerkstelligen ließ. Die Reformbürokratie nutzte

Fortsetzung Fußnote von Seite 57

bürgerlichen Kollegen. Während die Väter der adeligen Mitglieder der Verwaltungselite beruflich zu 93,1% (Zivilbeamte 58%, staatsnahe Berufe 15,8%, Offiziere 19,3%) in einem engen Verhältnis zum Staat standen, betrug diese Quote bei den bürgerlichen Mitgliedern 83,5% (Zivilbeamte 53,7%, staatsnahe Berufe 28,2%, Offiziere 1,6%). Zum Herkunftsprofil der bürokratischen Elite vgl. *Treichel*, *Primat* (wie Anm. 5), 542 ff.

⁴⁹ Der konnubiale Kontaktbereich der bürokratischen Elite Nassaus beschränkte sich weitgehend auf die eigene sowie nahe verwandte Statusgruppen. Die Schwiegerväter der adeligen Beamten gehörten zu 81,4% der staatsverbundenen Berufsgruppe (Zivilbeamte 40,7%, staatsnahe Berufe 23,8%, Offiziere 16,9%) an, diejenigen der bürgerlichen Staatsdiener zu 78,1% (Zivilbeamte 47,9%, staatsnahe Berufe 26,7%, Offiziere 3,5%). Während das Heiratsverhalten der Altadeligen am stärksten durch Staatsnähe und ständische Exklusivität geprägt ist (auf die staatsverbundene Berufsgruppe entfielen 88,9% aller Schwiegerväter), gab es bei den Neuadeligen eine stärkere Öffnung zu den freien Berufen (21,1%) und zur gewerblichen Wirtschaft (15,9%). Zum Konnubium allgemein *Treichel*, *Primat* (wie Anm. 5), 555 ff.

⁵⁰ *Faber*, *Deutsche Geschichte* (wie Anm. 4), 34 f. Zur Rezeption bislang adeliger Vorrechte vgl. auch *Bernd Wunder*, *Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825)* (München/Wien 1978) 160 ff.

diese Situation dahin gehend aus, ihre Stellung durch die Kodifizierung eines Beamtenrechts nicht nur abzusichern, sondern ihre rechtliche, soziale und materielle Privilegierung durchzusetzen, die in einem augenfälligen Kontrast zu der von ihr betriebenen Egalisierung und Unifizierung von Staat und Gesellschaft steht. Die Etablierung der höheren Beamtenschaft als Kern einer neuen gesamtstaatlichen Führungsschicht mit besonderer Ehre, deren Stellung sich nicht auf Geblüt und Familientradition, sondern in erster Linie auf Qualifikation und persönliche Dienstleistung gründete, ging einher mit Nivellierungstendenzen innerhalb der Bürokratie, die zu Lasten des Adels gingen. Um dies zu erkennen, muß man freilich, was weithin nicht geschieht, das Binnengefüge der Verwaltung mit in den Blick nehmen. Drei zentrale Bereiche seien hier genannt:

a) Die Einführung des Prüfungswesens in Nassau im Jahre 1816 stellte den Versuch dar, die Rekrutierung des Beamtennachwuchses über das Kriterium der Bildung zu objektivieren⁵¹. Indem er die gesetzlich geforderte Bildung zu erbringen und die vorgeschriebenen Staatsexamina abzulegen hatte, mußte sich der Adel damit den Bedingungen eines leistungsorientierten Wettbewerbs stellen. Das Adelsprädikat konnte Qualifikation also keineswegs mehr ersetzen, wie überhaupt „erbliche Vorrechte auf höhere Staatsämter“⁵² nicht mehr anerkannt wurden, womit auch das Adelsprivileg auf bestimmte (höhere) Ämter gebrochen war. Als Staatsziel genoß dieser Grundsatz übrigens Verfassungsrang.

Von allen Adelsgruppen hatte der in Nassau dominierende Dienstadel die geringste Mühe, diese Bildungsanforderungen zu erfüllen, da er ebenso wie die Spitzen des verbeamteten Bürgertums bereits vor Einführung des Prüfungswesens in einem ganz konkreten Sinne eine Bildungselite war⁵³. Die Ähnlichkeit des Bildungsprofils von bürgerlichen und adeligen Beamten erklärt sich daraus, daß die Altadeligen zumeist aus Familienzweigen mit einer längeren Beamtentradition stammten, während die Vertreter des neueren Adels erst jüngst dem verbeamteten Bürgertum entwachsen waren und von daher bei ihnen der bürgerliche Bildungsgedanke noch ganz präsent war.

b) Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlassenen Rangordnungen hatten zwar nach außen hin den Zweck, die Beamtenschaft gegenüber der übrigen Bevölkerung hervorzuheben, verwaltungsintern ging es jedoch darum, die Position des einzelnen in der Diensthierarchie exakt und allgemein verbindlich nach funktionalen Kriterien zu be-

⁵¹ Zur Entwicklung des Prüfungswesens vgl. allgemein *Wilhelm Bleek*, Von der Kamerausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert (Berlin 1972); *Reinhard Wendt*, Die bayerische Konkursprüfung der Montgelas-Zeit. Einführung, historische Wurzeln und Funktion eines wettbewerbsorientierten, Leistungsvergleichenden Staatsexamens (München 1985); speziell zu Nassau *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 435 ff.

⁵² Nassauische Verfassung vom 1./2.9.1814; SIEV Bd. 1, 3.

⁵³ Bei den adeligen Mitgliedern der bürokratischen Elite, die bis 1816 ihre Karriere begonnen hatten, lag der Anteil der Universitätsabsolventen mit 77,8% sogar über dem der bürgerlichen Beamten (56,4%). Dabei ist jedoch die geringe Repräsentanz von Adeligen in der Finanz- und Technischen Verwaltung – beides Reservate der Nichtakademiker – zu berücksichtigen. Nach Einführung des Prüfungswesens stieg die Akademikerquote auf 85% (Adel) bzw. 71,1% (Bürgertum). Zum Bildungsprofil der nassauischen Verwaltungselite vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 455 f.

stimmen. Während Rangordnungen des 18. Jahrhunderts sich im allgemeinen dadurch auszeichnen, daß adeliger Stand einen Vorrang vor bürgerlicher Herkunft begründete⁵⁴, Hofbedienstete zumeist vor Staatsbeamten rangierten und bei letzteren wiederum Offiziere vor Zivildienern, spiegeln die im Herzogtum Nassau geltenden Rangverhältnisse nicht nur die erhebliche Statusverbesserung der Zivilbeamten gegenüber den Hofbeamten und Offizieren wider, sondern es wurde auch der Grundsatz festgeschrieben, daß unabhängig von der ständischen Qualität des Beamten allein der Dienstrang über die Stellung des einzelnen in der Ämterhierarchie entschied. Bei rangmäßiger Gleichheit bestimmte dann das Dienstalder die Reihenfolge. Damit waren auf der formellen Ebene nicht nur die im Ancien Régime üblichen geburtsständischen Unterschiede eingeebnet, sondern auch das System der individuellen Einstufung der Beamten überwunden. Obschon die Beilegung eines höheren Titels nach wie vor möglich war, gab es seit den Verwaltungsreformen von 1815/18 ein normiertes System der Titularrangerhöhung mit im einzelnen genau spezifizierten Titeln für die verschiedenen Beamtenkategorien sowie einer Begrenzung der Aufwertung auf in der Regel maximal zwei Stufen. Da Titularrangerhöhungen Teil des ausgeklügelten innerbürokratischen Belohnungssystems waren und mit einer gewissen Regelmäßigkeit erfolgten, verloren sie den Charakter eines monarchischen Gunstbeweises und waren damit auch kein probates Instrument der Bevorzugung adeliger Beamter mehr⁵⁵.

c) Einen nachhaltigen Einschnitt für den Adel markierte schließlich die Herausbildung des Laufbahnprinzips. Es verhinderte zunächst, daß Adelige von vornherein an höherer Stelle im Staatsdienst plazierte werden konnten, wie dies im 18. Jahrhundert gang und gäbe gewesen war. Blitzkarrieren ähnlich der eines Hans Christoph von Gagnern, der in nur sieben Jahren den Sprung vom Regierungsrat zum nassau-weilburgischen Regierungspräsidenten (im Alter von 26 Jahren!) schaffte, waren seit der Verwaltungs- und Dienstrechtsreform nicht mehr möglich. Denn vorgegeben war zumindest ein Dreischritt von Ausbildungsphase (Akzeß), Eintritt in den höheren Dienst in nichtleitender Funktion und schließlich der Wechsel in eine leitende Position. Eine Ausnahme bildete lediglich das Amt des Leitenden Ministers, bei dessen Besetzung politische Erwägungen Vorrang vor Laufbahnregelungen hatten. Dennoch waren auch hier fünf von acht Amtsinhabern Laufbahnbeamte⁵⁶. Die Laufbahnregelungen verhiinderten zwar nicht, daß eine gewisse Bevorzugung adeliger Beamter blieb: Diese besaßen nicht nur die besseren Aufstiegschancen⁵⁷, sondern machten im Durchschnitt auch schneller Karriere als ihre bürgerlichen Kollegen. Gleichwohl führte die Etablierung des modernen bürokratischen Verwaltungssystems zu einer signifikanten Verringerung der bisherigen Abstände⁵⁸.

Die Tatsache, daß Adelige nun ebenso wie ihre bürgerlichen Mitbewerber die

⁵⁴ Man denke nur an die Aufteilung der frühneuzeitlichen Kollegien in eine adelige und eine gelehrte Bank.

⁵⁵ Zu den Standes- und Rangverhältnissen in der nassauischen Verwaltung vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 510 ff. sowie Tab. 1 u. 31.

⁵⁶ Vgl. dazu *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 516 ff.

⁵⁷ Vgl. oben S. 53.

⁵⁸ Vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 512 f.

sprichwörtliche Ochsentour durch die Verwaltung mitmachen mußten, veränderte gerade für den Adel den Charakter des Staatsdienstes grundlegend. Dieser wandelte sich von der von vornherein herausgehobenen öffentlichen Amtsinhabung, die, wie das Beispiel der Sinekuren belegt, nicht notwendig mit wirklicher Dienstaussübung verknüpft sein mußte, zum Brotberuf⁵⁹, woraus für die adeligen Beamten wiederum eine spezifische verwaltungsinterne Sozialisation erwuchs: Diese arbeiteten nun die ersten 10–12 Dienstjahre unter der Anleitung, Aufsicht und Kontrolle zumeist bürgerlicher Vorgesetzter, deren Urteil mit über ihre Karriere entschied. Und nicht zuletzt beschränkte sich, zumal in der Lokalverwaltung, auch ihr gesellschaftlicher Kontaktbereich in erster Linie auf ihre bürgerlichen Kollegen, mit denen man oft Tür an Tür, unter einem Dach wohnte und die man zumeist schon von Schule und Universität her kannte. Diese lebensweltliche Nähe der adeligen Beamten zum verbeamteten Bürgertum dürfte nicht ohne Folgen für ihr Denken und Handeln geblieben sein⁶⁰.

Das moderne Dienstrecht und Verwaltungssystem zielte also auf eine Homogenisierung von bürgerlichen und adeligen Beamten und keineswegs auf eine einseitige Aristokratisierung des verbeamteten Bürgertums. Denn auch der Adel hatte den Verlust bisheriger Privilegien zu verschmerzen und nicht unbeträchtliche Anpassungsleistungen zu erbringen, mußte gleichsam bürgerlicher werden, um nach der Dienstrechts- und Verwaltungsreform konkurrenzfähig zu bleiben. Die Gemeinsamkeit der Schul- und Universitätsbildung sowie der verwaltungsinternen Sozialisation, die Gleichheit der Arbeitsbedingungen und die Ähnlichkeit der materiellen Lebensverhältnisse deuten eher auf gegenseitige Beeinflussung als auf einseitige Anpassung und Adaption hin.

2. Dennoch hatte die Angleichung von Adel und Bürgertum durchaus ihre Grenzen. Wenn dem Korps der höheren Beamtschaft Hofffähigkeit, Titelführung, Dienstuniform etc. zugesprochen wurden, dann haben wir es hier zwar mit einem Einbruch des verbeamteten Bürgertums in bisherige Domänen des Adels zu tun. Dennoch blieben, wie im folgenden am Beispiel der Hofffähigkeit und des Heiratsverhaltens demonstriert werden soll, signifikante Unterschiede bestehen.

Im Falle des Adels wurde die Hofffähigkeit⁶¹ qua Geburt in der Regel mit Eintritt

⁵⁹ Vermutlich mit ein Grund dafür, warum der öffentliche Dienst wenig Anziehungskraft auf den vermögenden grundbesitzenden Adel ausübte.

⁶⁰ Die bisherige Forschung hat, fixiert auf die obersten Ränge der Bürokratie, einseitig die stilprägende Funktion der adeligen Spitzenbeamten für das verbeamtete Bürgertum mehr postuliert als empirisch nachgewiesen und darüber den Weg nach oben aus dem Auge verloren. Für eine Analyse der innerbürokratischen Sozialisation, des Alltagslebens und Lebensstils müßten neben Personalakten vor allem biographische (Briefe, Tagebücher, Memoiren) und familiengeschichtliche (Chroniken, Haushalts- und Gästebücher) Quellen sowie Notariatsakten (Inventuren und Teilungen, Grundbücher) herangezogen werden.

⁶¹ Zum Thema Hof und Hofgesellschaft vgl. *Karl Möckl* (Hrsg.), *Hof und Hofgesellschaft in den deutschen Staaten des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts* (Boppard 1990); *ders.*, *Der deutsche Adel und die fürstlich-monarchischen Höfe 1750–1918*, in: *Wehler* (Hrsg.), *Europäischer Adel* (wie Anm. 1), 96–111; *Karl Ferdinand Werner* (Hrsg.), *Hof, Kultur und Politik im 19. Jahrhundert* (Bonn 1985); *Gisela Herdt*, *Der württembergische Hof im 19. Jahrhundert. Studien über das Verhältnis zwischen Königtum und Adel in der absoluten und konstitutionellen Monarchie* (Diss. Göttingen 1970); *Winfried Schüler*, *Der Herzog und sein Hof*, in: *Herzogtum Nassau*

der Volljährigkeit erworben, während bürgerliche Beamte diesen Status erst mit Erreichen eines bestimmten Dienstrangs, d.h. nur durch Leistung und erst in fortgeschrittenem Alter, erlangten. Folglich konnte ein adeliger Beamtenanwärter durchaus Zutritt bei Hofe haben, nicht jedoch ein bürgerlicher Akzessist. In Nassau besaßen offenbar alle Zivilbeamten bis hinunter zur Ebene der Zentralsekretäre die Hoffähigkeit, mithin derjenige Personenkreis, der identisch ist mit der bürokratischen Elite⁶². Während innerbürokratisch seit der Verwaltungs- und Dienstrechtsreform keine Überwölbung durch den Geburtsstand mehr existierte, blieb das geburtsständische Prinzip in der Hofgesellschaft erhalten. Zwar hatte der öffentliche Dienst an Boden gewonnen – der Staatsminister stand an der Spitze der Hofrangordnung und der Kreis der hoffähigen Zivildienerklassen war offenbar im Zuge der Aufwertung des Beamtenstandes gewachsen –, doch konnten adelige Staatsdiener mit der nur ihnen vorbehaltenen Ernennung zum Kammerjunker bzw. Kammerherr rangmäßig an ihren bürgerlichen Kollegen vorbeiziehen.

Nun sagt Hoffähigkeit aber noch lange nichts aus über die Intensität des Hofzuges, die bei bürgerlichen Beamten deutlich geringer gewesen sein dürfte als bei ihren adeligen Kollegen und bei Offizieren offenbar größer gewesen ist als bei Zivildienern. Mit anderen Worten: Für die Masse der höheren bürgerlichen Beamten, die nur gelegentlich Zutritt bei Hofe fand und damit allenfalls zur erweiterten Hofgesellschaft gehörte, war mit der Hoffähigkeit in erster Linie die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Führungsschicht des Landes verknüpft⁶³. Demgegenüber bildeten die (alt-)adeligen Mitglieder der bürokratischen Elite zusammen mit ihren Angehörigen auch den Kern der engeren Hofgesellschaft, fehlten doch in Nassau die strukturellen Voraussetzungen für die Herausbildung eines separaten Hofadels, da der Wiesbadener Hof nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten bot: Für eine hauptamtliche Tätigkeit kamen lediglich die wenigen Stellen der Oberhofchargen (Oberkammerherr, Obersthofmeister, Oberstallmeister, Oberzeremonienmeister, Oberjägermeister, Hofmarschall), der Hofdamen und der sogenannten diensttuenden Kammerherren in Betracht, während die Kammerjunker und Kammerherren, vom Hofdienst befreit, überwiegend Inhaber reiner Ehrenämter waren. Damit besaßen sie zwar den direkten Zugang zum Monarchen, bildeten im übrigen aber eine Art „adeliges Reservekorps“, das der Hofgesellschaft bei festlichen Anlässen den nötigen Glanz verlieh⁶⁴. Diese Ehrenämter wurden vorzugsweise an Mitglieder derjenigen altadeligen Familien verliehen, die in auffälliger Häufung führende Positionen im Zivil- und Militärdienst besetzten, wohingegen Angehö-

Fortsetzung Fußnote von Seite 61

1806–1866. Politik – Wirtschaft – Kultur (Wiesbaden 1981) 53–73, geht auf den hier behandelten Themenkomplex nur am Rande ein.

⁶² Vgl. „Hof-Rangordnung“ (um 1850); HStAW 130 II/3012.

⁶³ Nach einem Diktum Wilhelm Heinrich Riehls, eines intimen Kenners der nassauischen Verhältnisse, bestand im Herzogtum der „Rahm der einflußreichen feinen Gesellschaft in neuerer Zeit fast nur aus emporgekommenen Beamten oder einem von außen herbeigezogenen besitzlosen Hofadel“, wobei Hofadel korrekterweise durch Dienstadel ersetzt werden mußte; [*Wilhelm Heinrich Riehl*], Nassaus politische und sociale Zustände, in: Die Gegenwart, Bd. 5 (Leipzig 1850) 273–294, hier 276.

⁶⁴ Vgl. *Schüler*, Der Herzog und sein Hof (wie Anm. 61), 60.

rige des jüngeren Adels zumeist vergeblich auf die Ernennung zu Jagdjunkern, Kammerjunkern oder Kammerherren hofften⁶⁵ – ein monarchischer Gunstbeweis, der bei Bürgerlichen generell ausblieb.

Daß es nur sehr bedingt zu einer Überwindung der Standesschranken gekommen ist, zeigt in aller Deutlichkeit auch das Heiratsverhalten der Mitglieder der nassauischen Verwaltungselite. Altadelige Beamte nahmen zu mehr als zwei Dritteln ebenfalls eine Altadelige zur Ehefrau, und nur jeder fünfte heiratete eine Bürgerliche aus zumeist recht gut situiertem Hause. Umgekehrt gelang es nur einem einzigen bürgerlichen Beamten in eine altadelige Familie einzuheiraten; in weiteren 19 Fällen entstammte die Ehefrau dem jüngeren Dienstadel. Das sind insgesamt nicht mehr als 3,2% aller Eheverbindungen bürgerlicher Beamter⁶⁶. Mit anderen Worten: Als Grundtendenz sticht die Stabilität der Standesverhältnisse ins Auge. Die altadelige bürokratische Führungsschicht – offenbar auf den Erhalt der sogenannten Ahnenprobe bedacht, die zwar nach dem Untergang der ständisch-korporativen Ordnung des Alten Reiches an Bedeutung verloren hatte, aber noch immer zahlreiche Chancen eröffnete (etwa auf dem adeligen Heiratsmarkt), Anrechte (z.B. auf Versorgungsleistungen) sicherte und Vorzüge gewährte (Hofzutritt etc.) – blieb ebenso weitgehend unter sich wie die bürgerlichen Beamten mit ihrer geringen Anzahl von Aufheiraten. Am durchlässigsten waren die Standesgrenzen auf der dazwischen gelagerten Ebene des jüngeren Adels, bei dem die bürgerliche Herkunft noch keineswegs verblaßt und zumeist die Gemeinsamkeit des Beamtenstatus gegeben war. Somit stützt das konnubiale Verhalten der Mitglieder der nassauischen Verwaltungselite weder die gängige Vorstellung von der schnellen Anpassung Neuadeliger an den alten Adel noch die These von der Aristokratisierung der bürgerlichen Beamtenschaft.

3. Charakteristisch für die nassauischen Verhältnisse ist schließlich die Tatsache, daß die bürokratische Führungsschicht des Landes zwar mit einer Reihe von bislang adeligen Privilegien ausgestattet wurde, die damit freilich – was zumeist übersehen wird – ihren genuin aristokratischen Charakter verloren. Im Unterschied etwa zu Bayern und Württemberg erhielt die nassauische Verwaltungselite aber keine dezidiert aristokratische Konnotation. Auf die zurückhaltende Nobilitierungspraxis der Herzöge von Nassau, insbesondere den augenfälligen Verzicht, Bürgerlichen beim Einrücken in eine Spitzenposition wenigstens den Personaladel zu verleihen, wurde bereits hingewiesen. Die Schaffung einer solchen Verdienstaristokratie, welche dem „blosen und nackenden Geburtsadel billig und immer“ vorangehen und in welcher die Spitzen des verbeamteten Bürgertums, der Geburtsadel und die besitzenden Schichten ver-

⁶⁵ Von den 94 adeligen Mitgliedern der bürokratischen Elite wurden 20 zu Kammerherrn und 4 zu Kammerjunkern ernannt. Davon stammten 23 aus altadeligen Familien. Auch in Württemberg bildete die Zugehörigkeit zu einem alten Adelsgeschlecht das entscheidende Kriterium für die Zuerkennung dieser Ehrentitel; vgl. *Paul Sauer*, Der württembergische Hof in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Möckl* (Hrsg.), Hof und Hofgesellschaft (wie Anm. 59), 93–127, hier 101.

⁶⁶ Vgl. *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 557 f. u. Tab. 28.

schmelzen sollten, hatte, in Anknüpfung an die Adelspolitik Napoleons⁶⁷, zu Beginn des 19. Jahrhunderts zwar der Rheinbundjurist und Geheime Staatsreferendar Ludwig Harscher von Almendingen vorgeschlagen⁶⁸, doch blieb dieser Vorstoß folgenlos und ohne jeglichen Widerhall: Weder die Reformbürokratie noch der Landesherr konnten sich für die Kreierung einer solchen neuadeligen Meritokratie erwärmen. Diese Haltung war selbst noch bei der erst spät im Jahre 1858 erfolgten Stiftung des „Herzoglich Nassauischen Militär- und Civil-Verdienst-Ordens Adolphs von Nassau“ maßgeblich. Die Ordensträger erhielten zwar den Vortritt vor allen anderen Mitgliedern der jeweiligen Hofrangklasse und die Inhaber des Großkreuzes rückten sogar in die erste Klasse der Hofrangordnung auf, doch zog die Verleihung des Ordens in keinem Fall eine Standeserhöhung nach sich⁶⁹, wie dies in Bayern oder Württemberg bei den obersten Ordensklassen der Fall war⁷⁰.

Diese Zurückhaltung in Standesfragen ist kennzeichnend für die herzogliche Zeit. Die Herzöge von Nassau betrieben weder eine prononciert adelsfeindliche Politik – dagegen spricht allein die gezielte Plazierung von Adeligen in hohen und höchsten Staatsämtern –, noch fanden sie sich zu einer Begünstigung des grundbesitzenden Adels oder gar zur Schaffung einer neuen Verdienstaristokratie bereit. Von daher sucht man hier vergeblich das Institut eines staatlich konzessionierten Adels nach bayerischem Vorbild⁷¹ – auf die Führung einer Adelsmatrikel wurde verzichtet⁷² –, noch gab es einen wie auch immer gearteten Versuch wie in Württemberg unter König Friedrich I., die temporäre Präsenz des einheimischen Adels in der Residenz zu erzwingen⁷³. Während der Existenz des Herzogtums wurde bezeichnenderweise kein einziges Gesetz erlassen, das speziell die Rechte und Standesverhältnisse des Adels zum Gegenstand gehabt hätte.

Die Gründe für diese Zurückhaltung sind vielschichtiger Natur. Da ist erstens das historisch begründete Fehlen eines landsässigen Adels in den altnassauischen Territo-

⁶⁷ Vgl. dazu *Rudolfine Freiin von Oer*, Talleyrand und die gesellschaftliche Neuordnung des Empire, in: *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 36 (1968) 401–428.

⁶⁸ HStAW 130 II/3032, fol. 854f.; *Treichel*, Primat (wie Anm. 5), 113.

⁶⁹ VBl. 1858, 59–61. Zum Ordenswesen allgemein *Jean Schoos*, Orden und Ehrenzeichen, in: Herzogtum Nassau 1806–1866 (wie Anm. 61), 87–96; *ders.*, Die Orden und Ehrenzeichen des Großherzogtums Luxemburg und des ehemaligen Herzogtums Nassau in Vergangenheit und Gegenwart (Luxemburg 1990) bes. 215 ff. Schoos geht auf den hier behandelten Aspekt allerdings nicht ein.

⁷⁰ Vgl. *Wunder*, Privilegierung und Disziplinierung (wie Anm. 48), 188 ff.; *ders.*, Württembergischer Personaladel (wie Anm. 41), 504 ff.

⁷¹ *Hofmann*, Adelige Herrschaft (wie Anm. 7), bes. 379 ff.; *Walter Demel*, Adelsstruktur und Adelspolitik in der ersten Phase des Königreichs Bayern, in: *Weis* (Hrsg.) Reformen (wie Anm. 20), 213–228; *ders.*, Der bayerische Adel von 1750 bis 1871, in: *Wehler* (Hrsg.), Europäischer Adel (wie Anm. 1), 126–143.

⁷² Daraus resultiert im übrigen die Schwierigkeit, die Zugehörigkeit zum nassauischen Adel exakt zu bestimmen. *Hefner* (Bearb.), Der blühende Adel (wie Anm. 32), führt insgesamt 127 im Herzogtum begüterte oder bedienstete Familien (24 Grafen, 65 Freiherren, 38 Edelleute) auf. Diese Liste ist jedoch keineswegs komplett, da neben der Mehrzahl der Standesherrn allein aus den Reihen der bürokratischen Elite 28 Familien fehlen. Die Gesamtzahl der Adelsfamilien in Nassau dürfte bei etwa 200 gelegen haben.

⁷³ *Gollwitzer*, Standesherrn (wie Anm. 1), 54.

rien zu nennen. Aus der Tradition heraus, weitgehend allein regieren zu können, erwuchs verständlicherweise kein Interesse, den neuangefallenen Adel zu einem konkurrierenden Machtfaktor aufzubauen. Eine solche Politik hätte sowohl im Widerspruch zu den Souveränitätsbestrebungen der Herzöge gestanden als auch keine Gewähr dafür geboten, daß ein solcherart gestärkter ansässiger Adel zu einer verlässlichen Stütze der Monarchie geworden wäre. In Nassau fehlten zweitens aber auch die strukturellen Voraussetzungen für eine forcierte Aristokratisierung des öffentlichen Lebens. Abgesehen davon, daß die finanziellen Mittel nicht mehr als eine bescheiden-bürgerliche Hofhaltung erlaubten, hätte eine übertrieben adelig-höfische Repräsentation, womöglich gar mit verordneter Präsenz des einheimischen Adels, dem kleinen Land und seiner regierenden Dynastie einen parvenühaften Grundzug verliehen. Hinzu kommt drittens die auffällige Abwesenheit des eingesessenen Adels, der im allgemeinen zwischen scharfer Opposition und Indifferenz schwankte und mehrheitlich keine engeren Bindungen an den nassauischen Staat entwickelte. Schließlich darf man viertens die starke Stellung des verbeamteten Bürgertums nicht übersehen, das zwar ein ausgesprochen geistes-aristokratisches Selbstverständnis entwickelte, aber keinen erkennbaren Drang nach formeller Standeserhöhung und adeliger Lebensführung erkennen läßt.

4. Zusammenfassung

Die Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft im Herzogtum Nassau läßt sich insgesamt einordnen in eine Verlustgeschichte des Adels im Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, die jedoch erfolgreiche Selbstbehauptung und Identitätswahrung von Teilen der Aristokratie in bestimmten Bereichen nicht ausschloß. Daß hier der Abbau adeliger Kompetenzen und Vorrechte im Verwaltungssektor mit besonderer Konsequenz betrieben werden konnte, resultiert aus der relativen Adelsarmut des Landes, dem weitgehenden Verzicht des angesessenen Adels auf Ausspielung seines Machtpotentials und aus einer dem Geburtsadel wenig gewogenen Politik von Monarch und Bürokratie. Dieser Prozeß der Entfunktionalisierung und Entprivilegierung spielte sich auf mehreren Ebenen ab und berührte die vorhandenen Adelsgruppen in unterschiedlicher Weise.

Am stärksten betroffen waren die Standesherren und Reichsritter, die spätestens mit der Verwaltungsreform von 1815/18 auch de facto die letzten ihnen noch verbliebenen Jurisdiktions- und Administrativbefugnisse verloren und damit vom einstigen Herrschaftsstand auf den Status einer politisch-gesellschaftlichen Elite reduziert wurden.

Innerhalb der Bürokratie wurde der Adel mit einer gegenläufigen Entwicklung konfrontiert. Einerseits profitierte er ebenso wie das verbeamtete Bürgertum von der rechtlichen, materiellen und sozialen Statusverbesserung des Beamtenstandes als solchem. Andererseits brachte der Übergang von einer ständisch überformten zu einer auf funktionalen Kriterien basierenden Binnenstruktur der Verwaltung den Verlust zahlreicher Privilegien für den Adel mit sich. Wollte er sich weiterhin behaupten, mußte er erhebliche Anpassungsleistungen erbringen.

Von allen Adelsgruppen gelang das am besten dem von auswärts nach Nassau gekommenen Dienstadel, innerhalb dessen eine kleine Gruppe altadeliger und neuadeliger Familien herausragt, die, sozial auf das engste miteinander verflochten, in gehäufte Zahl höchste Positionen im Hof-, Zivil- und Militärdienst besetzte. Dieser Beamtenadel, der im Lande allmählich festere Wurzeln zu schlagen und eine nassauische Identität auszubilden begann – ein Prozeß, der freilich durch den Untergang des Herzogtums im Jahre 1866 frühzeitig abgebrochen wurde –, verfügte über keine eigenständige sozio-ökonomische Machtbasis, sein politischer Einfluß und seine gesellschaftliche Führungsposition gründeten sich vielmehr allein auf seiner Dienststellung und besonderen Nähe zum Monarchen. Hinsichtlich seines Bildungsprofils und Dienstethos, seiner Lebenssituation und Interessenlage stand diese Amtsaristokratie dem verbeamteten Bürgertum politisch und mental im allgemeinen näher als dem grundbesitzenden Adel.